

Der Sozialdemokratische Pressedienst

teilt mit:

Hannover, 8. Dezember 1948

Das Büro des Vorstandes der SPD in Hannover teilt mit:

Das SNB hat am 30. November eine Erklärung des ehemaligen Jenaer Studenten Schniedl über die Tätigkeit des sogenannten Ostbüros der Sozialdemokratischen Partei veröffentlicht, worin unter Angaben von Namen und angeblichen Einzelheiten dem Ostsekretariat eine umfangreiche Spionagetätigkeit sowie Zusammenarbeit mit Geheimdiensten westlicher Besatzungen unterstellt wird.

Diese Behauptungen stellen nur die Fortsetzung der in regelmäßigen Zeitabständen veröffentlichten "Enthüllungen" der kommunistischen Propaganda zum Kampf der sozialdemokratischen Partei gegen die kommunistische Terrorherrschaft dar.

Zu diesen phantastischen "Enthüllungen" kann erklärt werden, dass die Tätigkeit der Flüchtlingsbetreuungsstelle Ost in aller Öffentlichkeit vor sich geht und als vornehmste Aufgabe hat, allen Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft zu helfen. Bei der Flüchtlingsbetreuungsstelle melden sich täglich politische Flüchtlinge aus der Sowjetzone, die auf Grund der Bedrohungen von Leib und Leben in die Westzonen flüchten mussten und einer Hilfe bedürfen.

Die Überprüfung der Flüchtlinge erfolgt genau und gewissenhaft, da es auf Grund von Erfahrungen mit den gewissenlosen kommunistischen Methoden und ihren Agenten notwendig geworden ist, Freunde und Feinde genau zu unterscheiden. Es ist kein besonderes Geheimnis, dass die Informationen, die diese politischen Flüchtlinge über die unhaltbar gewordenen Zustände in der Sowjetzone der Partei übermitteln, manchmal bedeutsam sind in dem Kampf mit dem kommunistischen Terror und ihren deutschen Quislingen von der SEP. Diese Tatsachenberichte über die Vorgänge in der Sowjetzone sind es, die die regelmäßigen kommunistischen Wutausbrüche zur Folge haben, weil sie die wahren Zustände in dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands enthüllen.

Die deutschen Sozialdemokraten haben aus ihren Erfahrungen gegen Diktatur und Terror gelernt und sind nicht gewillt, mit den Mitteln humanitärer Nachsicht und demokratischer Freiheit den Totengräbern der Demokratie noch einmal die Möglichkeit zu geben, die neue Demokratie zu gefährden.

- - - - -